

22, 5.2.2014

Bessere politische Bildung in der Schule

Mithilfe sozialer Netzwerke soll das Interesse von Jugendlichen an der Politik gefördert werden

Aus Sicht der Bevölkerung muss stärker in die politische Bildung investiert werden. Praxisnaher und neutraler Unterricht soll junge Stimmberechtigte für die politische Kultur begeistern.

wig. Eine Mehrheit der Bevölkerung fordert eine bessere politische Bildung in der Schule. Zu diesem Schluss kommt die kürzlich publizierte Studie «Bausteine zur Stärkung des Schweizer Politysystems» des Forschungsinstituts GfS. Im Auftrag der Bank Julius Bär setzte sie sich zum Ziel, konkrete Reformvorschläge im Bereich der Innenpolitik herauszuarbeiten.

Mehr als drei Viertel der rund 1000 in der Studie befragten Stimmberechtigten sprechen sich dafür aus, eine Steigerung des Interesses für die Politik mittels besserer Ausbildung der Bevölkerung zu erzielen. Damit liegt diese Idee deutlich vor den anderen Vorschlägen des

GfS. So soll in allen Ausbildungsphasen ab der siebten Klasse die politische Kultur und die Fähigkeit der Mitsprache der Stimmberechtigten durch die Thematisierung von Abstimmungen gefördert werden. Gemäss dem Forschungsinstitut würde es sich anbieten, Jugendlichen in Form von Debatten Lust an der Politik zu vermitteln. Um das politische Interesse bei Jungen zu stärken, müssten allerdings elektronische Medien und soziale Netzwerke verstärkt berücksichtigt werden, schreibt das GfS. Eine grosse Mehrheit der Befragten ist der Meinung, dass die politische Bildung praxisnah und neutral erfolgen soll. Zudem soll das Fach Politik den gleichen Stellenwert erhalten wie Mathematik. Die Ansicht, wonach politische Bildung eine Sache der Eltern sei, fand indes nur wenig Zustimmung.

Als weiteren innenpolitischen Reformimpuls schlägt das GfS einen verstärkten und flexiblen Einsatz von Task Forces auf Bundesebene vor. Durch den Einsatz von interdepartementalen Aus-

schüssen oder Arbeitsgruppen könnten bei strategischen Geschäften rascher Entscheidungen gefunden werden. Dieser Reformansatz wird von der Bevölkerung viel eher akzeptiert als beispielsweise eine Veränderung der Zahl der Bundesräte oder eine Stärkung des Bundespräsidiums. Eine Mehrheit spricht sich für einen schlagkräftigen Bundesrat aus, der in wichtigen Sachfragen gemeinsam und resolut handelt. 60 Prozent der Befragten verlangen zudem, dass die Schweiz aussenpolitisch offensiver vorgeht und ihre Forderungen durchsetzt.

Deutlich abgelehnt wird hingegen eine Reform des Föderalismus, wonach der Einfluss der Kantone zugunsten der Städte und Gemeinden schwinden würde. Auch eine Reform des Ständemehrs mit mehr Stimmen für grosse Kantone ist für die meisten Befragten nicht denkbar. Ebenfalls nicht mehrheitsfähig ist die Idee, die Unterschriftenzahl bei Initiativen von 100 000 auf 200 000 Stimmen zu erhöhen.